



Plenarprotokoll

40. Sitzung

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Nachruf		Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1100-6	
Ehemaliger Abgeordneter Rudolf Gunkel	3931	Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1100-7	
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	3931	Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1100-8	
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 (Haushaltsgesetz 2014/2015 – HG 14/15) ...	3931	Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1100-9	
Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 17/1400		Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1100-10	
zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/1100		Frédéric Verrycken (SPD), Berichterstatter	3932
Zweite Lesung		Ergebnis	4087
<u>sowie</u>		Beschlusstext	4094
Anlage – Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2014 und 2015	3931	1 a) Generalaussprache zum Einzelplan 03 – Regierender Bürgermeister –	3934
<u>hierzu:</u>		Raed Saleh (SPD)	3934
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1100-1		Ramona Pop (GRÜNE)	3939
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1100-2		Florian Graf (CDU)	3943
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1100-3		Udo Wolf (LINKE)	3948
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1100-4		Alexander Spies (PIRATEN)	3953
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1100-5		Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit	3957
		Joachim Esser (GRÜNE)	3963
		Ergebnis	3965

11 Abschluss von Hochschulverträgen gemäß § 2a Berliner Hochschulgesetz für den Zeitraum 2014 bis 2017	3984
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft vom 16. Oktober 2013 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 27. November 2013 Drucksache 17/1341	
zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/1105	
Ergebnis	3984
Beschlusstext	4112
14 A Nr. 16/2012 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte	3985
Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 11. Dezember 2013 Drucksache 17/1362	
zur Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Ergebnis	3985
Beschlusstext	4112
14 B Nr. 10/2013 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte	3985
Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 11. Dezember 2013 Drucksache 17/1363	
zur Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Ergebnis	3985
Beschlusstext	4112
14 C Nr. 18/2013 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte	3985
Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 11. Dezember 2013 Drucksache 17/1364	
zur Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Ergebnis	3985
Beschlusstext	4113
15 Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen	3985
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache 17/1348	
Ergebnis	3985
1 b) Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus – Einzelplan 02 – Verfassungsgerichtshof – Einzelplan 20 – Rechnungshof – Einzelplan 21 – Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit –	3986
Ergebnis	3986
1 d) Einzelplan 05 – Inneres und Sport –	3986
Frank Zimmermann (SPD)	3986
Benedikt Lux (GRÜNE)	3987
Dr. Robbin Juhnke (CDU)	3988
Hakan Taş (LINKE)	3990
Christopher Lauer (PIRATEN)	3991
Bürgermeister Frank Henkel	3992
Dennis Buchner (SPD)	3994
Martin Beck (GRÜNE)	3995
Peter Trapp (CDU)	3996
Dr. Gabriele Hiller (LINKE)	3996
Andreas Baum (PIRATEN)	3997
Ergebnis	3998
1 e) Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz –	3998
Sven Kohlmeier (SPD)	3998
Dirk Behrendt (GRÜNE)	3999
Sven Rissmann (CDU)	4000
Dr. Klaus Lederer (LINKE)	4001
Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	4002
Senator Thomas Heilmann	4003
Dr. Turgut Altug (GRÜNE)	4005
Claudio Jupe (CDU)	4005
Christopher Lauer (PIRATEN)	4006
Ergebnis	4007
1 f) Einzelplan 09 – Arbeit, Integration und Frauen –	4007
Franziska Becker (SPD)	4007
Sabine Bangert (GRÜNE)	4009
Dr. Niels Korte (CDU)	4009
Elke Breitenbach (LINKE)	4011
Alexander Spies (PIRATEN)	4012
Senatorin Dilek Kolat	4012
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	4014
Burkard Dregger (CDU)	4015
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	4015
Dr. Ina Czyborra (SPD)	4016
Anja Kofbinger (GRÜNE)	4017
Evrin Sommer (LINKE)	4018
Simon Kowalewski (PIRATEN)	4019
Ergebnis	4019
1 g) Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Wissenschaft –	4020
İlkin Özışık (SPD)	4020
Stefanie Remlinger (GRÜNE)	4021
Hildegard Bentele (CDU)	4021

(Andreas Baum)

Zukunft beantworten. Die haben wir hier nicht beantworten können. Unterm Strich bleibt deswegen bei uns nur die Ablehnung dieses Einzelplans. – Danke!

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 05 – Inneres und Sport – unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Hauptausschusses gemäß Drucksache 17/1400 und den Auflagenbeschlüssen des Hauptausschusses Nr. 37 bis 41, vorbehaltlich der am Ende der Sitzung abzustimmenden Änderungsanträge der Fraktionen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeihen. – Das sind die Koalitionsfraktionen und der fraktionslose Kollege. Gegenstimmen? – Das sind die Piraten, die Grünen und die Fraktion der Linken. Ersteres war die Mehrheit.

Dann rufe ich auf

1fd. Nr. 1 e:

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz –

Es beginnt der Kollege Kohlmeier. – Bitte schön, Herr Kollege!

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte am heutigen Tag folgt ihrer ganz eigenen Regel. Der Schlagabtausch zwischen den Fraktionsvorsitzenden heute Vormittag hat den Rahmen bereits vorgegeben. Die Regierungsfaktionen SPD und CDU stellen dar, welche Ausgaben im Land Berlin in den nächsten zwei Jahren getätigt werden und lobt sich für diese großartigen Taten. Die Oppositionsfraktionen von Linken, Piraten und Grünen sammeln Beweise dafür, dass man das Opfer dieser Haushaltsberatungen ist und die Umstände und das Leben an sich nicht ändern kann. Und als Opfer hat man viele Freunde, die einen in der eigenen Ohnmacht bestärken, nämlich die jeweils anderen Oppositionsfraktionen. Nur einmal zur Erinnerung: Auch wenn Regierung und Opposition unterschiedlichen Rollenverständnissen folgen, so erwarte ich natürlich nicht, dass uns die Opposition für unsere Maßnahmen bei Justiz und Verbraucherschutz lobt. Aber die Zeit für Selbstmitleid sind die Haushaltsberatungen in unserem Bereich nun wahrlich nicht.

[Zuruf von den PIRATEN: Zur Sache!]

Erstmals seit vielen Jahren ist es für den Justizbereich wieder möglich, strukturelle Veränderungen vorzunehmen, weil durch das Gerichtskostenmodernisierungsgesetz höhere Einnahmen in den Haushalt fließen. Auch hier noch mal zur Erinnerung: Vor zwei Jahren war es der Justizbereich, der ohne zusätzliche Mittel auskam, und auch in den nächsten beiden Haushaltsjahren waren sämt-

liche Maßnahmen bei Justiz und Verbraucherschutz durch die eigenen höheren Einnahmen ausgeglichen. Die große Koalition in Berlin hat diese Chance genutzt und gezeigt: Bei uns sind Justiz und Verbraucherschutz in guten Händen. So werden wir 28 neue Staatsanwaltschaften nebst notwendigen Servicekräften bei der Staatsanwaltschaft schaffen. Diese sollen sich verstärkt dem Kampf gegen Cyberkriminalität, der organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität und der Rockerkriminalität widmen. Ich freue mich, dass wir dafür Lob aus der Staatsanwaltschaft erhalten. Auch die Berlinerinnen und Berliner unterstützen diese Maßnahme. Denn keiner hat Verständnis dafür, dass Internet- oder organisierte Kriminalität nicht bekämpft wird, weil es keine Mitarbeiter gibt. Bei der Amtsanwaltschaft wird es drei neue Stellen geben, um die anhaltend hohen Verfahrensstände abzubauen.

Die große Koalition hat die Bezüge der Justizwachtmeister und des Allgemeinen Vollzugsdienstes in den unteren Einkommensgruppen erhöht. Hier wollen wir eine besondere Wertschätzung für die Bediensteten ausdrücken. Wer tagtäglich für unsere Sicherheit arbeitet, soll dies auf seinem Lohnzettel sehen.

1,5 Millionen Euro werden für ein Mobilfunkblockersystem eingestellt. Telefone und Handys haben im Knast nichts zu suchen. Nach dem erfolgreichen Projekt in der Jugendstrafanstalt soll nun auch der U-Haftbereich mit Mobilfunkblockersystem ausgestattet werden, damit z. B. Zeugen aus der U-Haft nicht beeinflusst werden.

Mit der Opposition waren wir uns einig, dass die Mittel für die Zuschüsse an soziale Einrichtungen um 100 000 Euro erhöht werden sollen. Es war wohlthuend, dass wir uns einig waren, die Zuschüsse für das Projekt Arbeit statt Strafe und den Ausbau der Opferschutzambulanz zu erhöhen. Die große Koalition hat auch einen Antrag der Piratenfraktion, die Arbeit des Berliner Opferbeauftragten zu unterstützen und den Ansatz zu erhöhen, befürwortet. Es soll doch keiner sagen, wir würden gute Vorschläge der Opposition nicht umsetzen.

Ich möchte auch nicht versäumen, lobend zu erwähnen, dass sich die Verbraucherschützer von SPD und CDU in den Haushaltsberatungen durchgesetzt haben. So ist es ein Verdienst von Irene Köhne und Claudio Jupe, dass der Zuschuss an die Verbraucherzentrale signifikant erhöht wird. Auch die Mittel für die Verbraucheraufklärung, zum Beispiel zu den Themen Verbraucher im Netz sowie Jugendliche und Schuldenfalle, werden erhöht.

Es war nicht ganz einfach, diese und weitere Maßnahmen durchzusetzen. Haushaltsberatungen folgen bekanntermaßen immer ihren eigenen Gesetzen. Deshalb möchte ich mich bei einigen von Ihnen in diesem Haus bedanken. Ich danke den Haushaltspolitikern der Koalitionsfraktionen, dass die fachlichen Vorschläge aus dem Rechts-

(Sven Kohlmeier)

ausschuss und dem Verbraucherschutzausschuss die diversen Runden und Rundchen überstanden haben. Somit habt ihr die Grundlage geschaffen, dass wir in den nächsten zwei Jahren kontrollieren können, ob der Justizsenator unsere Vorschläge ordnungsgemäß umsetzt. Ich möchte mich bei meiner Kollegin Cornelia Seibeld und dem Kollegen Sven Rissmann bedanken.

[Beifall bei der CDU –
Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN]

Wir sind in unterschiedlichen Fraktionen und haben auch unterschiedliche Rollen und politische Vorstellungen, aber wir schaffen es immer wieder, eine faire und kollegiale Verständigung zu erreichen, auf die wir stolz sein können. Herzlichen Dank dafür!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der Opposition für den einen oder anderen guten und richtigen Vorschlag, den wir in den Haushaltsplan mit aufgenommen haben.

Abschließend danke ich ganz herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizverwaltung und insbesondere aus diesem Hause. Hier sei zunächst auch Frau Dr. Reiter genannt, die unseren Ausschuss begleitet hat. Ich danke weiterhin unseren wissenschaftlichen Mitarbeitern der Fraktion, Frau Winkler und Herrn Zisgen, die immer wieder mit unseren Zahlen gerechnet und diese abgeglichen haben – herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Behrendt das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege!

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir lesen den Haushalt der dritten Gewalt.

[Oliver Friederici (CDU): Ach!]

Herr Senator! In einem Ihrer ersten Interviews nach Amtsantritt haben Sie angegeben, Sie gackerten über Eier immer erst, wenn sie gelegt seien. Wenn wir zwei Jahre zurückschauen, muss man feststellen: In der Praxis wird vor allem gegackert; Eier werden tatsächlich wenige gelegt.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Sie kündigen seit nunmehr fast zwei Jahren Monat für Monat neue Projekte an

[Torsten Schneider (SPD): Wer denn? Plural?]

und kommen kaum zur Umsetzung, weil die jeweils neueste Idee Sie von der Umsetzung der älteren abhält.

Für den Haushalt haben Sie sich offenbar etwas Neues einfallen lassen. Der vorgelegte Justizhaushalt strahlt vor allem Ruhe aus. Auf eine politische Handschrift wird weitgehend verzichtet. Zukunftsweisende Projekte sind kaum erkennbar. Dem entsprach dann auch ein gelangweilter, geradezu teilnahmsloser Senator in den Haushaltsberatungen im Rechtsausschuss.

Die erahnbaren Schwerpunkte der Koalition im Justizbereich sind mit Ressentiment und Repression zu kennzeichnen. So wollen Sie 140 000 Euro für eine Studie zum Thema Friedensrichter ausgeben.

[Beifall bei der CDU]

Hier stand offenbar der kleine Dicke aus Neukölln Pate, der die Republik so gerne mit Gruselgeschichten aus dem Neuköllner Norden erfreut,

[Heiterkeit bei den PIRATEN –
Beifall von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

statt sich in Neukölln endlich mal dranzumachen, die Probleme zu lösen.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Nachfragen, wer denn da, bitte schön, was erforschen soll – soll das empirisch geschehen, soziologisch, rechtlich? –, konnten nicht beantwortet werden.

Sodann, wir kommen zu den angeblichen Stellen für die Staatsanwaltschaft, gibt es trotz sinkender Kriminalität in diesem Staat – Herr Innensenator hat darauf hingewiesen – mehr Personal bei der Staatsanwaltschaft. Im Übrigen gibt es nicht 28, sondern 18 Stellen mehr! Kollege Kohlmeier liest offenbar eher die Presseerklärung aus dem Justizbereich und nicht den Haushaltsplan.

Herr Senator! Ihre gestrige Pressekonferenz, wo Sie das verkündet haben, war ja schon einigermaßen ulkig, denn in Ihrem Haushaltsplanentwurf, den Sie uns zugeleitet haben, waren diese Stellen nicht enthalten. Sie waren offenbar überhaupt nicht der Meinung, dass es das braucht. Es ist nicht Ihr Verdienst, sondern das – das muss man dann auch anerkennen – der Rechtspolitiker der Koalitionsfraktionen, dass es diesen Stellenaufwuchs gibt. Da scheinen Sie sich eher mit fremden Federn zu schmücken.

Man muss aber daran erinnern, dass wir im Justizhaushalt pauschale Minderausgaben in sehr großem Umfang haben – 15 Millionen Euro für 2014, 23 Millionen Euro für 2015. Das lässt die Frage im Raum stehen, ob Sie wirklich mehr Staatsanwälte einstellen werden. Wir werden das sehr aufmerksam beobachten, wie Sie das in der Haushaltswirtschaft erbringen wollen. Jede Frage, wie Sie die PMA auflösen wollen, ließen Sie weitestgehend unbeantwortet. Wir werden gucken, ob wirklich mehr Staatsanwälte für die Bekämpfung von Cyberkriminalität – da wird sich Herr Kohlmeier freuen – und für

(Dirk Behrendt)

Rockerkriminalität – für Herrn Schreiber, da werden ja offenbar Lieblingsprojekte von SPD-Abgeordneten verwirklicht – bei der Justiz ankommen. Für die Bekämpfung der Rockerkriminalität wäre schon viel in dieser Stadt erreicht, wenn die Polizei nicht löchrig wie ein Schweizer Käse wäre und wenn nicht aus Reihen der Polizei die Razzien verraten würden. Da hilft Ihnen kein Staatsanwalt, das müsste vielleicht Herr Henkel in den Reihen der Polizei mal abstellen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Anstelle von Repressionen und Ressentiments würden wir gerne die Nutzung von neuen Medien im Strafvollzug ermöglichen. Herr Heilmann! Sie sind wie kein Zweiter als ehemaliger Internetunternehmer geeignet, auch den Gefangenen das Internet zugänglich zu machen. Bedauerlicherweise fehlt Ihnen hier der Mut oder aber, wie eingangs erwähnt, die Ausdauer. Wir wollen ein Modellprojekt Internet im Knast. Wir wollen 500 000 Euro für die JVA Tegel und Heidering einstellen und sind der Meinung, das ist zukunftsweisend. Man braucht das Internet für die berufliche Orientierung, für die Wohnungssuche, für die Arbeitsplatzsuche, für die Fortbildung, und das wollen wir auch Gefangenen ermöglichen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Herr Senator! Sie haben vor vielen Jahren ein Buch mit klugen und banalen Lebensweisheiten herausgegeben, Sie werden sich erinnern. § 9 der dort aufgeführten Lebensweisheiten lautet: Wenn man kein Geld hat, kann man sich nichts Teures kaufen, aber wünschen. – Das sollten Sie beherzigen: Wünschen Sie sich mehr als Handyblocker für die Berliner Justiz! Die Berliner Justiz wird es Ihnen danken!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion folgt nun Herr Kollege Rissmann. – Bitte schön!

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Behrendt! Ich danke auch Ihnen. Das war heute der erste Versuch einer Oppositionsrede. Das belebt das ganze Geschäft ja ein bisschen. Viel Überzeugendes war nun nicht dabei. Ich weiß auch nicht, Herr Behrendt: Ich bin der Letzte, der Herrn Buschkowsky verteidigen muss, aber ob das die richtige Wortwahl war, einen Bezirksbürgermeister anzusprechen? Ob das wirklich Ihr Niveau ist? Darüber sollten Sie noch mal nachdenken!

Ich möchte eingangs meinem Kollegen Sven Kohlmeier sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit auch im Rahmen dieser Haushaltsberatungen danken.

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Können Sie auch mal was Politisches sagen?]

Das waren gute Gespräche, das waren gute Runden mit häufigen Lageänderungen,

[Zuruf von Wolfgang Brauer (LINKE)]

die wir dann doch ganz gut beherrscht haben. Einige Überraschungen sind geblieben, aber auch das gehört zur allgemeinen Lebenserfahrung dazu. Der Dankchoral, liebe Opposition, geht weiter. Ich möchte ihn ausweiten auf alle Kollegen und Kolleginnen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion aus dem Rechtsausschuss,

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Bringen Sie ein paar Blumen rum!]

die das sehr kollegial und sehr kameradschaftlich, freundschaftlich über die Bühne gebracht haben. Vielen Dank dafür, das hat Spaß gemacht!

Am Ende steht die Berliner Justiz so überzeugend als Gewinner dieser Haushaltsberatungen da, dass auch die Opposition im Rechtsausschuss dem nichts Wesentliches entgegengesetzte und die Regierungskoalitionen sogar weitgehend unterstützte. Gestern gab es in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen Kommentar von Reinhard Müller, der die Überschrift „Justiz im Schatten“ trug. Sein Appell dort ist einfach und auf den Punkt gebracht:

Ein funktionierendes Rechtswesen ist Garant dafür, dass es allen gutgeht.

Das ist richtig, und diesen Auftrag haben Union und SPD in Berlin erfüllt.

In den letzten Tagen ist, um damit vielleicht anzufangen, angestoßen durch den Deutschen Richterbund, die personelle Ausstattung der Justiz im Gespräch. Nach Auffassung der sogenannten Staatsallianz, also dem Zusammenschluss von Deutschem Richterbund, Deutschem Beamtenbund und Bundeswehrverband, sollen deutschlandweit 2 000 Richter und Staatsanwälte fehlen. Wenn das so ist, dann kann ich nur festhalten, dass wir in Berlin gegen diesen Trend handeln. Wir stärken die Strafverfolgungsbehörden. Mit gut 30 Stellen in Amts-, Staats- und Generalstaatsanwaltschaft werden wir vor allem gegen neue Kriminalitätsphänomene in das Feld ziehen – mein Fraktionsvorsitzender hat vorhin bereits darauf hingewiesen. Auch die wirklich schwerwiegenden Bedrohungen aus dem Bereich organisierte Kriminalität und Rockerkriminalität werden dort angegangen. Wir verschließen nicht die Augen vor einer sich breit machenden Paralleljustiz, wie es Herr Dr. Behrendt offenbar tut, in unserer Stadt

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Die Klausel in den Wasserverträgen oder was?]

(Sven Rissmann)

Wir werden deshalb wissenschaftliche Studien in Auftrag geben, um Strafverfolgungsbehörden zu helfen, diesen frontalen Angriff gegen unseren Rechtsstaat und das Gewaltmonopol des Staates abwehren zu können und diese Schattenjustiz auszuschalten.

Wir werden des Weiteren die ambitionierten Ziele unseres Koalitionsvertrages umsetzen und den Opferschutz stärken – Stichwort: Gewaltschutzambulanz an der Charité. Hier auch Dank an die Piratenfraktion, die da sehr konstruktiv mitgewirkt hat, diese Idee, wenn ich mich richtig erinnere, sogar entwickelt hat, und dann alle im Ergebnis überzeugen konnte, dass wir da gemeinsam vorgehen.

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Ohne Geld!]

Wir werden – auch das ist vom Kollegen Kohlmeier angesprochen worden – durch den Einsatz von in der Jugendstrafanstalt bereits bewährten Mobilfunkunterdrückern auch in der Untersuchungshaftanstalt Moabit die Sicherheit in der Anstalt erhöhen und dem Zweck der Untersuchungshaft, nämlich der Verhinderung der Verdunkelungsgefahr, Rechnung tragen. Wir geben dem Justizsenator Heilmann Mittel an die Hand, um für eine moderne Gerichtsbarkeit auch eine moderne und vernetzte IT entwickeln und bereitstellen zu können. Das ist, wie ich finde, unter den schweren Rahmenbedingungen eines Bundeslandes wie Berlin schon ganz schön viel. Wünsche bleiben da sicher immer offen, das ist keine Frage. Aber jedem interessierten Beobachter wird auffallen müssen, dass die Berliner Justiz kein Schattendasein mehr fristet. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön! – Für die Fraktion Die Linke jetzt Herr Dr. Lederer – bitte schön!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jede Koalitionsrede erst einmal anderthalb Minuten Dankchoral – ja, wer sonst nichts zu sagen hat. Ich finde so etwas peinlich und erbärmlich.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Oliver Friederici (CDU): Sie sind ja nur
neidisch, weil Sie raus sind!]

Der Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz – genügt den Anforderungen, die die praktischen Probleme von Strafverfolgung und Gerichten, von Strafvollzug und Kriminalprävention, Opferhilfe, aber auch Täterarbeit mit sich bringen, nicht. Gleiches gilt für den Verbraucherschutz. Es ist denkbar unambitioniert. Die Koalition fährt mit diesem Etat auf Sicht, lässt zwei kleine Symbole als Ersatz für eine nicht erkennbare Akzentsetzung hoch, wie

die 28 Staatsanwaltschaften, die Sie als große Aktion abgefeiert haben – Kollege Behrendt hat schon darauf hingewiesen: Das war etwas, was der Justizsenator gar nicht unbedingt haben wollte –, stattdessen packt sie sämtliche Risiken in die pauschalen Minderausgaben und zeigt sich in der Gesamtschau als ambitionslos.

Das Hauptproblem bleibt Personal. Bereits vor zwei Jahren bei den Haushaltsberatungen zum Einzelplan für den Doppelhaushalt 2012/2013 hat meine Kollegin, Katrin Möller, hier darauf hingewiesen, dass es an einer Personalentwicklungsplanung fehlt, dass die Abbauvorgaben im gesamten Bereich pauschal sind und dass insbesondere der Umgang mit Personal im Justizvollzug mehr einem Personalverschiebebahnhof ähnelt als einer klaren, strukturierten Personalentwicklung. Daran hat sich nichts geändert. Die Hauptfrage lautet: Was ändert sich bei der Ausstattung zur Aufgabenerfüllung tatsächlich? – Die Ausbildung wird wieder aufgenommen, um Nachwuchskräfte für die Justizbeamten und -beamtinnen im Unterbau zu gewinnen. Das haben wir immer gefordert, um eine Situation zu vermeiden, die darin besteht, dass die Alterspyramide – wie das derzeit absehbar ist – erbarmungslos zuschlägt und keine ausgebildete Nachfolgegeneration zur Verfügung steht. Das ist die Mindestaktivität im präventiven Krisenmanagement – die Mindestaktivität!

[Beifall bei der LINKEN]

Real ist dieser Etat ein Manifest der Hilflosigkeit, ein Manifest des hilflosen Stopfens von Fluktuationslöchern. Der öffentliche Dienst im Justizbereich ist überaltert, die Beamtinnen und Beamten sind demotiviert durch den Bruch des Besoldungsanpassungsversprechens der Koalition, also des Versprechens der damals rot-roten Koalition gebrochen durch die rot-schwarze Koalition, was insbesondere untere und mittlere Laufbahngruppen besonders hart trifft. Wir haben nach wie vor im Vollzug einen extrem hohen Krankenstand, und wir haben eine fehlende Ziel- und Personalentwicklungsplanung, wo Berlins Justiz im Jahr 2020 eigentlich stehen soll. Entsprechende Dinge, lieber Kollege Rissmann, haben wir im Rechtsausschuss beantragt. Sie sind durch die Koalition abgelehnt worden.

Die pauschale Minderausgabe beträgt über 15 Millionen Euro im Jahr 2014 und über 23 Millionen Euro im Jahr 2015. Es ist völlig unklar, woher die kommen sollen. Der Verweis auf PEBB§Y, das erst im nächsten Jahr erhoben werden würde, für die Ausstattung von Gerichten und Staatsanwaltschaften geht fehl. Wir wissen seit Jahren, dass wir eine Unterausstattung in all diesen Bereichen haben und das Ende der Fahnenstange langsam erreicht ist. Insbesondere bei den Wachtmeisterdiensten und den allgemeinen Vollzugsdiensten im Justizbereich ist die Situation besonders prekär. Was nutzen 28 Staatsanwälte zusätzlich, wenn die Decke insgesamt zu kurz ist und die Abläufe stocken? Da nutzt dann auch die Hoffnung auf verbesserte IT-Ausstattung nichts.

(Dr. Klaus Lederer)

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Der Senat hat nichts unternommen, um wenigstens eine empirische Basis für eine sachgerechte Personalausstattung zustande zu bekommen. Das wäre die Grundlage, um dann zu entscheiden, was finanziert wird und was nicht. Stattdessen: Stückwerk und Stümperei. Beim Rest: Verweis auf die Haushaltsdurchführung. Meine Damen und Herren, das ist inakzeptabel!

[Beifall bei der LINKEN]

Ihr Beförderungsgeschenk – der Kollege Regierende Bürgermeister hat heute Morgen gesagt, diese Koalition stünde nicht für Klientelpolitik – ist genau das: Klientelpolitik. Anstatt allen Beamtinnen und Beamten gleichermaßen die Anpassung an den Bundesdurchschnitt zu geben, werfen Sie ein bisschen Geld in den Bereich. Wie das dann verteilt werden soll und nach welchen Kriterien, da bin ich gespannt! So richtig abgebildet ist das im Haushalt auch nicht. Das soll dann auch wieder zulasten anderer Titel durch Minderausgaben kompensiert werden. So geht das nicht. Mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit hat das so viel zu tun wie ein Sägefisch mit Hobeln.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

Die Folgen sind bekannt: Verfahrensdauern und Belastung der Beschäftigten nehmen zu, Strafverfolgung funktioniert nur noch punktuell. Wir verzichten sogar auf Einnahmen und Generalprävention, zum Beispiel bei der Vermögensabschöpfung, Resozialisierungsvollzug ist immer weniger möglich – ich verweise auf die Stichworte sozialtherapeutische Anstalt, Sicherungsverwahrung, forensisch-therapeutische Ambulanz, Straffälligen- und Bewährungshilfe. Es ist doch eine Binsenweisheit: Prävention hilft Kriminalität vermeiden, und der Umgang mit Menschen braucht Menschen. Was machen Sie – und diesen Geist atmet dann auch der Haushalt –: Die Prävention bricht als Erstes weg, und bei der Folgenbewältigung wird symbolisch Politik gemacht, wie zum Beispiel bei den Mobilfunkblockern.

Herr Behrendt hat gesagt, dieser Haushalt atmet Ruhe. Es ist, lieber Kollege Behrendt, eine Ruhe, die trägt. Dieser Etat ähnelt dem Jonglieren mit fünf Molotowcocktails. Das bekommt nicht einmal Innovations-Heilmann hin. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Beifall von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

Präsident Ralf Wieland:

Für die Piraten jetzt Herr Dr. Weiß – bitte schön!

Dr. Simon Weiß (PIRATEN):

Danke, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! Der Regierende Bürgermeister hat vorhin gesagt, wir sollen uns über das Geld freuen. Das können wir in diesem Fall auch tun, es ist im Justizbereich ja ein größeres Haushaltsvolumen als in den letzten beiden Jahren vorhanden. Das wird zum Teil durch Mehreinnahmen durch das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz – das ist schon angesprochen worden – gedeckt.

Ich will, bevor ich zum Inhaltlichen komme, einen kleinen Einschub zum Ablauf der Haushaltsberatungen machen. Es ist natürlich misslich, dass zum Zeitpunkt der Lesung im Fachausschuss noch keine zuverlässige bzw. belastbare Berechnung darüber vorlag, wie hoch diese Mehreinnahmen sein würden. Dann ist das eben so, dann muss das im Hauptausschuss gemacht werden. Was ich nicht verstanden habe, ist die Position der Koalitionsfraktionen, die sich auf einmal auf den Standpunkt gestellt haben, im Ausschuss könne man keine Mehreinnahmen in der Höhe verteilen, weil das gegen den Ablauf im Haus wäre. Sie haben dann dieses interessante Instrument der Prioritätenliste erfunden. Man kann das alles so machen, aber so, wie Sie das gemacht haben, hat es sich eher erschwerend auf die Haushaltsberatungen ausgewirkt. Ich habe auch nicht ganz verstanden, warum der Hauptausschuss – wenn er es denn war, weiß ich ja nicht – mit dieser Prioritätenliste mehr Spaß gehabt hat als mit einer Liste von Änderungsanträgen, die man hätte gegenrechnen müssen. Diese Prüfliste wurde im Hauptausschuss tatsächlich zu großen Teilen übernommen. Da haben Sie als Fachpolitiker der Koalition einen Erfolg erzielt. Aber dann reden wir doch jetzt nicht nur darüber, dass wir uns über Geld freuen sollen, sondern darüber, wofür es ausgegeben wird.

Da gibt es zum einen den Punkt Personalpolitik. Sie haben die zusätzlichen Stellen bei der Staatsanwaltschaft eingestellt. Sie haben immer noch – das wurde auch schon mehrfach gesagt – die pauschalen Minderausgaben vorgesehen.

Die Schaffung zusätzlicher Schwerpunkte, wenn man gleichzeitig nicht weiß, wie man überhaupt diese Minderausgaben realisiert, ohne an die Substanz zu gehen, finde ich schwierig. Es geht an die Substanz. Das wissen wir. Darüber haben wir im Rechtsausschuss schon oft genug gesprochen. Ich kann auch verstehen, dass man über Cyber-Crime und Rockerkriminalität interessantere Pressekongresse veranstalten kann als darüber, wie man am besten pauschale Minderausgaben abbaut.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Symbolpolitik!]

– das ist Symbolpolitik.

Es sieht doch folgendermaßen aus: Sie haben bei der Staatsanwaltschaft personelle Mehrausgaben in siebenstelliger Höhe. Sie haben aber keine 60 000 Euro, das ist

(Dr. Simon Weiß)

eine Stelle für die Ansprechperson für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Staatsanwaltschaft. Das haben wir zusammen mit den Linken in den Haushaltsberatungen beantragt.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Ja!]

Es ist ein Teil der Initiative sexuelle Vielfalt. Darüber wird vielleicht noch einmal an anderer Stelle zu sprechen sein. Sie sagten dazu, dass dafür kein Geld vorhanden sei. Es sei nicht gegenfinanziert. Gleichzeitig können Sie aber mehr Stellen schaffen, gegen die sich das wie ein Rundungsfehler ausnimmt. Das ist nicht wirklich nachvollziehbar.

Sie haben – das wurde auch schon erwähnt – 140 000 Euro für eine Studie zur sogenannten Familienparalleljustiz ausgegeben. Dazu gab es eine Anhörung, zwar nicht im Rechtsausschuss, aber wir waren 2012 zu diesem Thema zugelassen. Dabei ist herausgekommen, dass es im Wesentlichen um die Frage geht, ob es überhaupt ein Phänomen gibt, das mit diesem Begriff korrekt umrissen ist. Es ist gar nicht klar.

[Burkard Dregger (CDU): Stimmt überhaupt nicht!
Da müssen Sie mal ins Protokoll schauen!]

– Ich habe das Protokoll. Ich war sogar im Ausschuss und habe zugehört. Ich weiß nicht, ob Sie dabei waren. – Jetzt wollen Sie eine wissenschaftliche Studie, weil Ihnen auch sonst nichts einfällt, was man tun könnte. Sie wissen gar nicht, ob es überhaupt noch ein Problem gibt. Sie reden von einem Frontalangriff. Gegen diesen Frontalangriff wollen Sie sich mit einer Studie wehren? Sie widersprechen sich doch selbst. Wenn es ein Frontalangriff wäre, müssten Sie doch irgendwelche Maßnahmen ergreifen.

[Sven Kohlmeier (SPD): Machen wir doch!]

Sie konnten im Ausschuss nicht sagen, wer diese Studie durchführen und wofür es gehen soll. Was ist überhaupt der Fachbereich, um den es gehen soll?

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

– Gut! – Gleichzeitig haben Sie kein Geld für die Stärkung der Prävention für bessere Betreuung in den Gefängnissen. Sie haben kein Geld für eine auskömmliche Ausstattung der Gewaltschutzambulanz. Mein Kollege wird hierzu gleich noch etwas sagen. Es ist in Ihrer Prioritätensetzung nicht nachvollziehbar.

Ich will auf einen weiteren Punkt eingehen, über den wir in den Beratungen auch länger gesprochen haben. Es geht dabei um die Zuschüsse an die freien Träger. Nun kann man sagen – Sie haben es auch schon gesagt –, es gebe einen Aufwuchs im Vergleich zum letzten Mal. Sie haben sogar in den Haushaltsberatungen noch mehr Geld hinzugegeben. Das kann alles kein Problem sein. Wenn man es sich aber genauer ansieht, fällt zunächst in dem vorgelegten Entwurf interessanterweise auf, dass zwei Projekte, die in den letzten Jahren gefördert wurden – ein Projekt der Arbeiterwohlfahrt im Bereich Arbeit statt Strafe und

ein Projekt der Volkssolidarität zur Männerberatung gegen Gewalt –, überhaupt nicht mehr auftauchen. Im Haushaltsplan findet sich lediglich der Hinweis: N.N. – Träger wird noch gesucht. Es hat uns alle ein wenig verwundert und hat auch die Projekte verwundert, die vor den Haushaltsberatungen im Parlament nichts davon wussten, dass sie möglicherweise in kommenden zwei Jahren nicht mehr finanziert werden. Das geht so nicht. Es ist eindeutig ein Zeichen mangelnder Kommunikation.

Wir haben auch nicht ganz verstanden, warum sie nicht mehr gefördert werden. Erst hieß es, sie seien schwer zu evaluieren. Das ist ein wenig seltsam, weil wir erst kurz vorher einen sehr ausführlichen Evaluationsbericht der ganzen Projekte enthalten haben, in dem aufgeführt ist, dass alle gut arbeiten; sie könnten alle weiterarbeiten. Dann hieß es, es gebe andere Bewerber. Das ist ein nachvollziehbares Argument. Andererseits frage ich mich, was das für ein Wettbewerb ist, bei dem manche wissen, dass sie in einem Wettbewerb sind, andere anscheinend nicht. Wie funktioniert das?

Jetzt werden Sie sich vielleicht fragen, warum ich nun so lange darüber spreche, das Problem ist in den Haushaltsberatungen gelöst worden. Sie haben die Mittel für das Arbeit-statt-Strafe-Projekt wieder eingestellt und haben die Erläuterungen bei der Volkssolidarität geändert. Mir ist es erst vorgestern überraschend aufgefallen, und ich frage mich, ob Sie sich darüber im Klaren sind, dass der Hauptausschuss Letzteres wieder kassiert hat. Die Begründung dafür kenne ich nicht. Es ist keine Mehrausgabe. Ich finde es interessant. Wir werden sehen, was daraus wird.

Alles in allem hat der Haushalt mehr Geld zu verteilen. Er geht damit nicht unbedingt richtig um. Wir werden ihm in dieser Form nicht zustimmen.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Jetzt hat der Senator Heilmann das Wort. – Bitte schön!

Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lederer! Ich finde es in Ordnung, wenn man sich bedankt. Ich tue es ausdrücklich auch. Jeder Erfolg ist Teamarbeit. Das gilt gerade für diesen Haushalt, bei dem das Parlament so intensiv mitgearbeitet hat, wie es nur in wenigen Bereichen der Fall ist.

Ich möchte meine Rede so einteilen, dass ich auf die Fragen oder die Vorwürfe, die Sie mir gemacht haben, antworte, weil ich sie, erstaunlicherweise, nicht berechtigt

(Senator Thomas Heilmann)

finde. Ich fange mit dem Kostenmodernisierungsgesetz und den Beratungen zum Haushalt an, die in der Tat untypisch waren. Ich selbst bin sehr froh über die zusätzlichen Ausgaben. Es ist keineswegs so, Herr Lederer, dass ich die Aufwüchse nicht haben wollte. Ich bin allerdings sehr für solide Haushaltsführung. Deswegen muss man erst zusehen, ob man für den Haushalt zusätzliche Mittel akquirieren kann und dann überlegen, wie man sie einsetzt. Nun war es mit dem Kostenmodernisierungsgesetz so, dass sich im Juli, als hier schon Parlamentspause und Ferien in Berlin waren, der Vermittlungsausschuss in längeren Sitzungen, die in die Nacht hinein dauerten, dann doch geeinigt hatte. Das war aber ausgesprochen kippelig. Wir können nicht im Juni etwas in den Haushalt einstellen, was erst im Juli in das Bundesgesetz kommt und umstritten war. Dass es so war, wissen Sie alle. Deswegen hat es diese untypische Reihenfolge gegeben, die im Ergebnis für die Justiz und gleichzeitig für den Berliner Haushalt – darauf lege ich Wert – sehr erfreulich ist.

Das Zweite, das Sie zum Thema Haushalt sagen – sowohl Sie, Herr Weiß, als auch Sie, Herr Lederer, Herr Behrendt hat es auch erwähnt –, ist die pauschale Minderausgabe und die Frage, wie wir damit eigentlich umgehen. Dazu gibt es einen ziemlich klaren Plan. Die pauschalen Minderausgaben kommen durch den demografischen Wandel erst einmal zustande, weil die Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden. Sie, Herr Lederer, und Ihre damalige Koalition haben übrigens diesen Plan vorbereitet. Ich habe es übernommen, dass der Abbau beim nichtrichterlichen Personal – wie es so schön heißt – stattfinden soll.

Jetzt haben wir mehrere Dinge getan. Wir machen eine Ausbildungsoffensive. Dafür hat die Koalition dankenswerterweise die Stellen geschaffen. Es ist eine zusätzliche Ausbildungsoffensive budgetiert, sodass wir zusätzliche Leute einwerben können. Das ist das sinnvollste Mittel. Dabei bleibt aber die PMA bestehen, denn die neu hinzukommenden Mitarbeiter werden anders gebucht.

Wir verbessern ferner nachhaltig die Arbeitsmittel, insbesondere die IT, aber auch die Gutachtenmittel für die Justiz. Das gilt für die Staatsanwaltschaft wie für die Gerichte.

Der dritte Punkt unserer Strategie ist die Entlastung der Gerichte. Wir haben mehrere Projekte, bei denen wir die Verfahrenszahlen bei den Gerichten mindern wollen. Zwei Projekte – das zu Ihrer Frage Gegacker, Herr Behrendt – sind nicht nur von mir umgesetzt worden, sondern haben auch Erfolge zu bieten. Erstmals seit 20 Jahren gehen die Zahlen der Verfahren bei den Sozialgerichten zurück. Das beruht auf Maßnahmen. Wir haben die Onlineschlichtung im Bereich des Verbraucherschutzes eingerichtet. Mehrere Hundert Berliner nutzen diese und haben über die Onlineschlichtung recht bekommen. Sie brauchten deshalb nicht mehr zur Justiz zu gehen. Wir

haben eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen eingeleitet, sodass wir die Gerichte weiter entlasten werden.

Dann haben wir eine bessere Struktur im Justizvollzug. Wir haben Haftanstalten zusammengelegt. Es ist mir in der vorletzten Woche gelungen, Brandenburg davon zu überzeugen, dass wir die Arrestanstalten in Berlin und Brandenburg fusionieren. Auch das wird zu Stelleneinsparungen und zum Sparen führen.

Zur Empirie: Berlin hat zwanzig Jahre darum gekämpft, Herr Lederer, auch in der Zeit Ihrer Koalition, dass wir eine eigene PEBB§Y-Aufstellung machen. Jetzt tun wir das im nächsten Halbjahr. Daher weiß ich nicht, warum Sie mir eigentlich vorwerfen, dass es das nicht gibt. Insofern teile ich Ihr Vorbringen nicht.

Sie haben, Herr Lederer, einerseits gesagt, es werde nicht mehr Personal benötigt, weil wir bei der Staatsanwaltschaft eine sinkende Kriminalität haben.

[Zuruf]

– Herr Behrendt hat das gesagt. Entschuldigung, ich habe mich versprochen. – Wir brauchen sie, weil die Verfahrenszahl keineswegs der einzig leitende Faktor sein soll. Wir haben zunehmend Bandenkriminalität, die aus dem Ausland gesteuert wird. Das gilt für Einbrüche. Das gilt für die organisierte Kriminalität. Das gilt namentlich für den Internetbetrug. Das erschwert die Ermittlungsarbeit. Wir wollen eben nicht nur denjenigen, der in ein Geschäft mit einer gestohlenen Kreditkarte einkauft, bestrafen, weil wir ihn erwischt haben, sondern wollen auch die Hintermänner ermitteln. Das ist eine ziemlich mühsame Arbeit, die wir gemeinsam mit der Polizei unternehmen wollen. Und ich kann Ihnen sagen: Im nächsten Halbjahr wird es diese 28 Staatsanwälte geben. Es sind nämlich drei Anträge, die müssen Sie zusammenziehen, dann kommen Sie auf die 28 Staatsanwälte, ich zeige es Ihnen gerne im Haushalt. Auch die weiteren Mitarbeiter in der Anwaltschaft und die Justizfachangestellten, da können Sie ganz sicher sein, werden wir nicht vergessen.

Dann haben Sie gefragt, wie das mit dem Internet und dem Modell sei. – In der Tat ist das eine sehr schwierige Frage, aber das Modellprojekt gibt es doch schon. Vielleicht habe ich nicht genug gegackert, aber es gibt es schon, davon ist nicht einfach nur erzählt worden.

Ich würde Ihnen gerne noch ein paar Dinge sagen, die ich auch bereits umgesetzt und von denen ich nicht nur erzählt habe. Wir haben den offenen Vollzug geändert. Dafür haben gerade Sie mich gelobt. Sie haben mich auch gelobt für den Opferbeauftragten. Die Piraten haben den Antrag, wie schon erwähnt, gestellt, und alle haben ihm zugestimmt. – Wir stärken jetzt die Staatsanwaltschaft. Wir sind nach zehn Jahren Forderungen diejenigen, die bei der Gewaltschutzambulanz tatsächlich etwas tun.

(Senator Thomas Heilmann)

Nun habe ich nicht so viel Redezeit, deswegen möchte ich noch kurz etwas zum Verbraucherschutz sagen, denn auch da gibt es eine ganze Reihe von Maßnahmen, die wir umgesetzt haben. Wir haben, obwohl die Zuständigkeit beim Land gar nicht gegeben ist, bei der Regulierung einen, wie ich finde, sehr erfreulichen Erfolg erzielt. Das ist das Thema Schrottimmobilien. Wir haben eine Bundesgesetzänderung durchgesetzt, anfangs sehr umstritten. Wir haben die Verbraucher gleichzeitig aufgeklärt. Nach Lage der Dinge, über die ich vom Landeskriminalamt informiert bin, gibt es in Berlin das Phänomen, dass diese Betrugsbanden noch so stark aktiv sind, nicht mehr. Das ist ein enormer Erfolg des Verbraucherschutzes, den wir erzielt haben.

Ich habe die Onlineschlichtung erwähnt. Ich erwähne gerne, dass wir die Verbraucherzentrale und andere Verbraucheraufklärung z. B. für Migranten gestärkt haben. Wir haben die Wertewochen gegen Lebensmittelverschwendung durchgeführt. An all diesen Dingen sehen Sie, dass wir sehr viel erreicht haben, und dieser Haushalt alle diese Ansätze finanziell unterstützt und wir damit die Erfolge fortsetzen werden.

Abschließend darf ich als weiteren Erfolg sagen, obwohl die Lage insgesamt noch keineswegs gut ist, dass auch die Zahl der Intensivtäter in Berlin und insbesondere auch die Zahl der Intensivstraftaten in Berlin rückläufig sind. Auch das ist ein erstes Erfolgssignal. Insofern kann ich die Kritik der Opposition, es gebe nur Ankündigungen und keine Erfolge oder keine Taten, nicht teilen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – In der zweiten Runde jetzt für Bündnis 90/Die Grünen jetzt Herr Dr. Altug – bitte schön!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir freuen uns, dass die Koalition bei den Haushaltsberatungen einige unserer Vorschläge für einen besseren Schutz für Verbraucherinnen und Verbraucher aufgegriffen hat.

[Beifall von Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

Das betrifft vor allem die Zuschüsse an die Berliner Verbraucherzentrale. Die vom Senat zunächst vorgesehene Aufstockung hätte lediglich das in den vergangenen Jahren aufgelaufene strukturelle Defizit ausgeglichen. Das wäre nicht ausreichend gewesen. Bereits für absehbare Kostensteigerungen in den kommenden Jahren wie Tarifsteigerungen wäre kein Geld da gewesen, auch für die Mietsteigerungen nicht.

Eine Verbesserung des Angebots der Zentrale wäre nicht möglich gewesen. Bisher müssen Berlinerinnen und Berliner im Schnitt vier Wochen auf einen Beratungstermin warten. An einer kompetenten Beratung in den wichtigen Bereichen Energie, Finanzdienstleistungen und vor allem Pflege fehlt es, obwohl einige Schritte in die richtige Richtung gemacht worden sind.

Das Angebot des aufsuchenden Verbraucherschutzes für Migrantinnen und Migranten, das vorhin vom Herrn Senator Heilmann erwähnt worden ist, ist ein guter Ansatz. Er existiert bisher jedoch nur in einigen wenigen Bezirken. Deshalb wollen wir, dass das auch ausgeweitet wird. Wir haben daher eine deutliche Aufstockung des Titels um insgesamt 250 000 Euro gefordert. Die Koalition hat die Richtigkeit unserer Forderung erkannt und beantragt, den Zuschuss an die Verbraucherzentrale um 150 000 Euro und die Mittel für die Förderung der Verbraucheraufklärung um 100 000 Euro zu erhöhen. Das ist ein Anfang. Es geht in die richtige Richtung, aber die Mittel sind nicht ausreichend.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir erwarten, dass die durch eine zusätzliche Abteilungsleitung verstärkte Senatsverwaltung für Verbraucherschutz wichtige Projekte, die wir im Parlament angestoßen haben, umsetzt. Dazu gehört für uns vor allem die Fortsetzung der Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung – die Wertewochen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Es ist gut, dass auch die Wildtierpflege finanziert wird. Unsere Forderung, für den Bienenschutz Mittel zur Verfügung zu stellen, wurde aufgegriffen. Das begrüße ich. Das ist leider unzureichend, aber immerhin ist wieder ein Anfang gemacht. Unserer Forderung, Mittel für Fort- und Weiterbildung von erfreulicherweise immer zahlreicher werdenden Stadtimkerinnen, das sind vor allem Frauen, für die Bekämpfung des Bienensterbens bereitzustellen, ist die Koalition leider nicht gefolgt. Aber wir werden weiterhin an diesem Thema dranhängen. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Fabio Reinhardt (PIRATEN)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die CDU hat jetzt Herr Jupe das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege!

Claudio Jupe (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bereich Verbraucherschutz ist insgesamt gesehen nur ein kleiner Ausschnitt aus dem vorgelegten Haushalt. Er betrifft aber nach meiner Auffassung einen politisch sehr wichtigen Bereich, was wir spätestens immer dann merken, wenn wir in die nächste veröffentlichte Meinung gucken und den nächsten Skandal dort berichtet finden.

(Claudio Jupe)

Mir ist aber vorab wichtig festzuhalten, dass es jenseits vieler subjektiver individueller und umständegeprägter Interessen einzelner Mitbürger und Mitbürgerinnen für den Verbraucher und damit für den Normalbürger und die Normalbürgerin doch am allerwichtigsten ist, nicht mit zusätzlichen Ausgaben belastet zu werden, die den kollektiven Verschuldungsdruck erhöhen und dem Steuerzahler und der Steuerzahlerin, die zugleich Verbraucher und Verbraucherin sind, nur Nachteile bringen, am Ende auch für das eigene Portemonnaie. Das heißt, wir als Interessenwahrnehmer im Verbraucherschutz sehen in der Zurückführung des Berliner Haushalts für 2014 und 2015 auf den derzeitigen Bestand einen für hiesige Verhältnisse immensen Fortschritt. Das ist heute Morgen mehrfach gesagt worden, aber ich muss es an dieser Stelle wiederholen. Es betrifft nämlich jede Verbraucherin und jeden Verbraucher, keine weiteren Ausgabenentwicklungen, keine zusätzliche Verschuldung im Haushalt feststellen zu können. Ich glaube, das ist eine Stärkung aller Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Zum Verbraucherschutzbereich selbst für den zukünftigen Haushalt ist Folgendes festzuhalten: Wir sehen durch die vorgelegten Zahlen unsere Grundsätze des Verbraucherschutzes in Berlin bestätigt: im abwehrenden Verbraucherschutz, nämlich Gefahren für die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher zu reduzieren und möglichen Manipulationen und Schädigungen zu begegnen und vorzubeugen, und im aufklärenden Verbraucherschutz, der durch Kenntnis- und Wissensvermittlung der Verbraucherinteressen gestärkt wird.

Zur Durchsetzung dieser Grundsätze ist der Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin um weitere 150 000 Euro per anno erhöht worden. Die Mittel für die Verbraucheraufklärung wurden um 100 000 Euro erhöht. Wir sind uns mit dem Senat einig, dass insbesondere die nachwachsende Generation im Sinne des Verbraucherschutzes gebildet sein sollte und es dazu Maßnahmen bis hinein in die Schulen bedarf. Die Durchführung solcher Maßnahmen werden wir fortlaufend begleiten und ergänzen.

Dem Verbraucherschutzsenator sei für sein Engagement – ich erwähne stellvertretend Schrottimmobilien, Bello-Dialog, Online-Schlichtung, wohnortnahe Verbraucherschutzaufklärung – gedankt. Wir hoffen, dass dieses Engagement und diese Aktivitäten fortgesetzt werden. Ich sage als Stichwort Lebensmittelverschwendung. Da haben wir gute Ansätze gehabt: Die Wertewochen und das Forum Wertschätzung für Lebensmittel sind schon genannt worden. Wir erwarten natürlich noch eine verbraucherschutzpolitische Strategie, obwohl das nicht in erster Linie im Fokus steht.

Zuallerletzt darf ich einen letzten Satz sagen, der mir hier vom tierschutzpolitischen Sprecher aufgetragen wurde: Wir freuen uns darüber, dass es gelungen ist, die medizi-

nische Versorgung und die Pflege der Wildtiere im Haushalt zu verankern. – Danke sehr!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Jupe! – Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Lauer. – Bitte sehr!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sie hatten natürlich vollkommen recht. Ich möchte an dieser Stelle nicht über den Verbraucherschutz reden, sondern noch mal über die Gewaltschutzambulanz, damit den Mitgliedern der Koalition hier an dieser Stelle klar ist, worüber sie gleich abstimmen.

Ich habe mich ja schon sehr über Herrn Rissmann gefreut bzw. gewundert, der ja so überschwänglich war, dass er uns gleich gesagt hat, wir hätten uns das ausgedacht. Da muss ich ihn enttäuschen. Eine Gewaltschutzambulanz gibt es schon in Hamburg und in anderen Bundesländern. Wir haben das, wie gesagt, beantragt. Im Justizhaushalt stand es am Anfang mit 110 000 Euro. Da haben wir gesagt, das geht so nicht. Und dann wurde gesagt: Na super, dann erhöhen wir das auf 150 000 Euro. – Diese 150 000 Euro reichen aber auch nicht. Das hat sogar der Justizsenator in einer Stellungnahme zu diesem Antrag so geschrieben.

Das heißt, wir werden für diese 150 000 Euro, die jetzt im Justizhaushalt eingestellt sind, keine anonyme Spurensicherung bekommen. Das heißt, die Opfer von sexualisierter Gewalt werden nach wie vor erst eine Anzeige beim LKA erstatten müssen, bevor die Spuren einer Vergewaltigung z. B. gerichtsfest anonym gesichert werden können. Natürlich kann man weiterhin Anzeige erstatten und seinen Namen sagen, aber ich möchte mir das gar nicht vorstellen, aber es ist, glaube ich, evident, dass diese Personen in den ersten 72 Stunden, in denen das passieren muss, ziemlich traumatisiert sind.

Und deswegen ist es schade, weil die Piratenfraktion fernab von irgendeiner parlamentarischen Beratung die Möglichkeit gegeben hat, hier mit den Experten von der Charité zu sprechen. Frau Etzold war hier, die Rechtsmedizinerin an der Charité ist. Herr Bauer war hier, der Geschäftsführer an der Charité ist. Wir hatten sehr viele Mitglieder dieses Hauses dazu eingeladen. Es tut mir auch furchtbar leid, dass ich Sie gerade mit einem anscheinend so langweiligen Thema belästige. Es ist auch schön zu sehen, dass sich die frauenpolitische Sprecherin der Grünen unterhält.

[Zuruf von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

(Christopher Lauer)

Sie war wenigstens bei diesem Expertenhearing. Diese Szenen sprechen für sich selbst. Mein Fraktionsvorsitzender Herr Spies hat es ja am Anfang auch noch mal gesagt, es ist so zynisch, wenn man eine anonyme Spurensicherung haben will, dann muss man sich in den Zug setzen, muss zweieinhalb Stunden nach Hamburg fahren und es dort machen lassen. Und das ist ein ziemliches Armutszeugnis.

Es ist auch ein ziemliches Armutszeugnis, was die Koalition da in ihrem Änderungsantrag vorschlägt, weil ist natürlich doof, man kann ja nicht einfach so einen Antrag ablehnen, wo man sagt, man möchte was für die Opfer von sexualisierter Gewalt machen. Deswegen macht man einen Änderungsantrag. Und in diesem Änderungsantrag haben Sie geschrieben: Sie wollen jetzt ein Pilotprojekt machen. – Da sage ich: Großartig! Ein Pilotprojekt macht man, wenn man gerade so was wie ein Atomkraftwerk erfunden hat und nicht weiß, wie diese Technologie funktioniert. Die anonyme Spurensicherung ist, wie es so schön heißt, eine sichere und beherrschbare Technologie. Es wird in Hamburg gemacht. Es wird sogar im Saarland gemacht. Es wird in NRW in vielen Städten gemacht, halt eben nur nicht in Berlin. Und das bedeutet für viele Opfer von sexueller Gewalt an dieser Stelle, dass die eben keine Möglichkeit haben, dass in den ersten 72 Stunden nach einer solchen Tat diese Spuren anonym gesichert werden, um sich dann ein weiteres Trauma zu ersparen. Schade! Aber Sie wissen es jetzt alle noch mal, können Sie drüber nachdenken, was Sie da beschlossen haben. – Vielen lieben Dank!

[Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Lauer! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Wer nun dem Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz – unter Berücksichtigung der Empfehlung des Hauptausschusses Drucksache 17/1400 und den Auflagenbeschlüssen des Hauptausschusses mit den Nrn. 42 bis 46 vorbehaltlich der am Ende der Sitzung abzustimmenden Änderungsanträge der Fraktionen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und CDU und der fraktionslose Abgeordnete. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Linksfraktion und die Piratenfraktion. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1 f:

Einzelplan 09 – Arbeit, Integration und Frauen –

Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Frau Abgeordnete Becker. – Bitte sehr!

Franziska Becker (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beschließen wir den Einzelplan 09 für Arbeit, Integration und Frauen und führen ein wichtiges Anliegen der Koalition fort. Gute Arbeit und gute Ausbildung – das ist das Herzstück des rot-schwarzen Koalitionsvertrags. Das Kapitel Arbeit und Ausbildung hat bereits zum zweiten Mal in Folge kräftige Einschnitte hinnehmen müssen, das aber auch, weil weniger ausgegeben werden musste als geplant.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass „Berlin-Arbeit“ wirkt. Das belegen die ständig sinkenden Arbeitslosenzahlen der letzten Monate, nicht selten entgegen dem Bundestrend. Anfang Dezember ist die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit 1993 unter 200 000 gesunken. Die Koalition lag richtig, als sie die Arbeitsmarktpolitik in Berlin neu justierte und sich darauf verständigte, sämtliche arbeitsmarkt- und berufspolitischen Aktivitäten verstärkt auf den ersten Arbeitsmarkt auszurichten. Wir waren trotz den Mittelkürzungen erfolgreich. Das ist ein Beleg dafür, dass es bei der Arbeitsförderung eben nicht nur auf die Höhe der eingesetzten Mittel ankommt. Wir haben sie wirkungsvoll eingesetzt.

[Elke Breitenbach (LINKE): Die Geste zählt!]

Unterstützt wurden wir beim Abbau der Arbeitslosigkeit durch die konjunkturelle Entwicklung. Der Rückgang erfasst langsam auch die strukturelle Arbeitslosigkeit. Das zeigt auch, dass Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik nicht voneinander zu trennen sind, denn nur wenn die Wirtschaft brummt, sinkt die Arbeitslosigkeit. Die gute Konjunktur brachte in Berlin einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die Beschäftigtenzahl weist aktuell einen historischen Höchststand von 1,2 Millionen auf. Die Strategie „Berlin-Arbeit“ ist richtig. Wir werten die Beschäftigungsentwicklung als ein positives Zwischenzeugnis. In diesem Sinne wollen wir die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der jugendlichen Arbeitslosen weiter reduzieren.

Uns ist es klar, dass es gerade beim Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit noch keinen nachhaltigen Wendepunkt gibt. Aber wir sehen einen Silberstreifen am Horizont, und zwar dort, wo wir einen Dreiklang aus Qualifizierung, Coaching und Arbeitspraxis fördern.

[Beifall bei der SPD –

Beifall von Burkard Dregger (CDU)]

Ich muss an dieser Stelle an die Berliner Unternehmen appellieren, dass sie ihre Einstellung überdenken und mehr Langzeitarbeitslosen eine Chance geben mögen. Hier unterstützt die Arbeitsverwaltung ab sofort Unternehmen, indem etwa Lohnkostenzuschüsse vereinfacht in Anspruch genommen werden können oder aber bei der Umwandlung befristeter Minijobs in reguläre Arbeit.